

Interview von Richard von Weizsäcker mit dem DDR-Fernsehen (13. Dezember 1989)

Legende: Am 13. Dezember 1989, in einem Interview mit dem DDR-Fernsehen, erläutert der Bundespräsident Richard von Weizsäcker, die Frage der Deutschen Wiedervereinigung und befürwortet demokratische Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Quelle: Umbruch in Europa, Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989: Eine Dokumentation. Bonn: Auswärtiges Amt, 1990. 175 S. ISBN 3-87959-420-1. p. 135-139.

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_von_richard_von_weizsacker_mit_dem_ddr_fernsehen_13_dezember_1989-de-43a3ace0-b848-4ad1-8716-68cf50aca622.html

Publication date: 07/11/2016



Interview des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker mit dem DDR-Fernsehen am 13.12.1989

Frage:

Herr Bundespräsident, die bereits vollzogenen und sich ja weiter vollziehenden Veränderungen in der DDR – wie sehen Sie die, wie würden Sie die werten?

Antwort:

Die Deutschen in der DDR haben sich in einer ganz friedlichen demokratischen Revolution die Freiheit erstritten. Die ganze Welt hat Anteil genommen an dem Wiedersehen – das die Folge davon war – zwischen den Deutschen hüten und drüben und mit großem Respekt diese demokratische Revolution verfolgt.

Jetzt gilt es, die erstrittene Freiheit verantwortlich zu gebrauchen. Das ist die Aufgabe von heute in der Freude und Dankbarkeit, daß wir die Chance haben, und im Bewußtsein, daß es eine große und schwere Aufgabe ist, der Verantwortung gerecht zu werden.

Frage:

Herr von Weizsäcker, sagen Sie das nun mehr als Bundespräsident oder als Deutscher oder vielleicht sogar mehr als Berliner?

Antwort:

Ich habe den größeren Teil meines Lebens in Berlin zugebracht und mein Verständnis für das Wesen von uns Deutschen und für unsere Geschichte von Berlin aus entwickelt. Daher habe ich auch an den Ereignissen in Berlin besonders intensiv Anteil genommen.

Ich glaube, das gilt aber für die ganze Welt. Ich sehe keinen Unterschied zwischen meinem in Berlin schlagenden Herz und meinem Deutsch-Sein. Und als Deutscher und Berliner spreche ich zu diesen Dingen.

Frage:

Nun sind diese Veränderungen ja offensichtlich keine ausschließliche Angelegenheit der DDR. Die Bundesrepublik ist mitberührt, mitbetroffen. Wie berührt im Kern, wie betroffen?

Antwort:

Es geht zunächst darum, der erstrittenen Freiheit in Verantwortung die Gestalt und Konsequenz zu geben und sodann die Frage zu lösen, wie die Deutschen in Zukunft miteinander und zusammen leben. Selbstverständlich geht das uns in der Bundesrepublik Deutschland ganz unmittelbar an. Nun haben wir zunächst einmal mit großer Achtung den Deutschen in der DDR zu begegnen.

Wir haben die Freiheit geschenkt bekommen, sie haben sie selber erstritten. Wir haben dem Leben, das bis zu diesem Punkt geführt hat, mit Respekt zu begegnen. Die Menschen haben ihr Leben ja nicht umsonst gelebt, auch dann, wenn es sich oft unterdrückt oder in Not vollzog.

Es hat sich eine Schicksalsgemeinschaft gebildet, und zu der haben wir uns mit großer Achtung zu verhalten. Wir haben uns nicht einzumischen. Aber natürlich wollen und – ich denke – sollen wir auch mitdenken und mitberaten dort, wo es für ihren Prozeß der Folgen aus der erstrittenen Freiheit von Wert ist.

Wir haben hier unsere eigenen Interessen, die ja auch legitim sind. Wir haben einen demokratischen Wettbewerb. Da kann es auch zu Konfrontationen kommen. Aber niemand sollte die Entwicklung in der DDR für seine hiesigen Zwecke, sei es der Parteien, sei es der Publizistik, instrumentalisieren. Niemand

sollte von hier aus anheizen.

Ich denke, auch wir haben zu lernen, wie sich dieser Prozeß weiter vollzieht, und ich glaube, wir tun es auch. Also mitdenken und mitberaten, aber nicht vorgeben und schon gar nicht bevormunden.

Frage:

Die deutsch-deutschen Beziehungen – ein zeitgemäßes Wahlkampfthema Ihrer Meinung nach in beiden deutschen Staaten?

Antwort:

Eine demokratische Wahl ist Wettbewerb zwischen mehreren Parteien, und es wäre ganz wirklichkeitsfremd zu glauben, daß zentrale Fragen, die die Nation betreffen, aus der Programmatik der Parteien, die sich um Mandate bewerben, ausgeklammert werden sollten.

Das Wichtige ist nur, daß man immer im Auge behält: Parteien dienen der besseren Lösung der Probleme. Die Probleme dienen nicht als Instrumente für die größeren Erfolge der Parteien. Und das ist etwas, was man immer wieder von neuem lernen muß. Und vielleicht können wir mit Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet haben, zur Verfügung stehen. Aber wir sollten nicht glauben, daß das, was uns nun wirklich am allermeisten angeht und uns auch im Herzen am meisten berührt, einfach ausgeklammert werden kann.

Ich denke, es kommt darauf an, die richtige Balance zu finden zwischen dem legitimen Wettbewerb zwischen den Parteien einerseits und andererseits dem ganz notwendigen Konsens, ohne den eine Demokratie nicht leben kann, zumal nicht in so entscheidenden Fragen.

Frage:

Sie haben jetzt zweimal vom Lernen gesprochen. Sie haben kürzlich gesagt, beide deutsche Staaten könnten heute voneinander lernen. Was könnte die DDR von der Bundesrepublik, was die Bundesrepublik von der DDR lernen?

Antwort:

Ich bin in der Tat der Meinung, daß es ein Lernprozeß ist und keine Einbahnstraße. Da will ich natürlich nicht zu sehr in die Einzelkritik eintreten. Ich glaube nur, bei Ihnen ist mit großem Idealismus und großem Mut und mit absolut friedlichen Mitteln um diese Freiheit gestritten und erfolgreich gekämpft worden. Das heißt, daß Sie aber noch nicht gleich in jeder Hinsicht vorbereitet sind auf den demokratischen Wettbewerb und auf die Schritte, die zur wirtschaftlichen Reform notwendig sind. Das erfordert viel Geduld.

Wir müssen lernen, daß Sie dafür Zeit brauchen. Wie sollte es denn anders sein. Oder lassen Sie mich ein anderes Beispiel nennen. Natürlich gibt es völlig verständlicherweise – menschlich verständlicherweise – Zorn über Machtmißbrauch oder Korruption, und der Rechtsstaat ist dazu da, um einem solchen Machtmißbrauch und einer Korruption die nötigen Sanktionen folgen zu lassen; aber der Rechtsstaat, nicht Selbstjustiz, nicht Rachedgedanken führen uns weiter.

Außerdem ist die Schicht der Menschen, die man nun braucht für den Aufbau der Demokratie, ja nicht groß. Man muß behutsam umgehen mit den Menschen, die da sind. Und man braucht auch Menschen, die vielleicht in der Vergangenheit einmal einen Fehler gemacht haben. Ich habe auch Fehler in der Vergangenheit gemacht. Jeder von uns hat Fehler gemacht. Man muß ihm doch auch konzедieren, daß er vielleicht aus den Fehlern lernt.

Nicht nur Helden können die Zukunft gestalten, sondern auch solche, die ehrlich bereit sind, an einer freien und rechtsstaatlichen Zukunft mitzuarbeiten, und ihnen sollte man die Chance dazu auch lassen.

Ich denke, daß wir aus der Besonnenheit, die Sie brauchen, und der Geduld, die Sie brauchen, unsererseits auch manches lernen können. Wir dürfen eben nicht anheizen, sondern wir müssen zu einem behutsamen Prozeß beitragen.

Das nächste, worum es in der DDR geht, wenn ich das so sagen darf, ist, dafür zu sorgen, daß die Lebensfähigkeit voll erhalten bleibt und aufgebaut wird. Der Vollzug eines freiheitlich legitimierten demokratischen Staates ist möglich und geht schneller, als Erfolge sich aus einer wirtschaftlichen Reform einstellen können.

Beide Dinge müssen aber zusammenbleiben. Und es geht darum, Zutrauen zu beiden Prozessen zu stärken. Das ist etwas, was wir lernen müssen. Wir dürfen uns nicht nur auf das eine stürzen und das andere sich selbst überlassen. Ich glaube also, beide Seiten lernen; sie lernen in Wirklichkeit jeden Tag. Und ich denke, sie sind auch auf beiden Seiten dazu bereit.

Frage:

Ich frage doch noch mal dazu, Herr Bundespräsident: Voneinander lernen und was nicht dazu gehört, Ihrer Meinung nach. Und ich zitiere Sie: Die West-Mark kann und muß helfen, aber...

Antwort:

Wir haben ein wirtschaftliches System, das sich als leistungsfähig erwiesen hat. Das drückt sich auch in der Währung aus. Wir müssen immer wieder darauf aufpassen, daß wir in der Erfüllung materieller Ziele nicht die Erfüllung des Lebens sehen. Auf der anderen Seite wollen wir natürlich auch nicht auftreten und sagen: Wir erreichen die materiellen Ziele gut, und Ihr dürft euch jetzt erstmal mit euren ideellen Zielen begnügen.

Es muß einen Einklang, ein hinreichendes Zusammenwirken dieser beiden Dinge geben. Und ich glaube schon, daß wir sehr konkret und sehr rasch helfen können und helfen müssen. Ich denke an die Fragen der Infrastruktur, die Krankenversorgung. Wir können mit Autobussen oder mit landwirtschaftlichen Maschinen helfen.

Es gibt alle möglichen Dinge, die sehr rasch auch in sichtbarer Weise zur Verfügung gestellt werden können, immer vorausgesetzt, daß sie erwünscht sind, und die eben nicht nur konkret in ihrem jeweiligen Sektor helfen, sondern die auch dazu beitragen, daß die Deutschen in der DDR erkennen, es lohnt sich, Zutrauen auch zum wirtschaftlichen Aufbau zu haben, obwohl er länger dauern wird als die Vorbereitung und Durchführung der freien Wahlen.

Frage:

Es gibt in Leipzig oder Dresden, aber auch in Bonn oder München den Ruf nach Vereinigung oder Wiedervereinigung, und das mehr oder minder rasch. Es gibt aber auch hier wie dort ganz entgegengesetzte Auffassungen, ja Ängste. Ihre Meinung, Herr Bundespräsident!

Antwort:

Meine Meinung ist, daß wir eine Nation sind, und was zusammengehört, wird zusammenwachsen. Aber es muß eben zusammenwachsen. Es darf nicht der Versuch gemacht werden, daß es zusammenwuchert. Wir brauchen die Zeit.

Wenn es zusammenwachsen soll, dann kann es ja nur aus der jetzigen Lage heraus zusammenwachsen, nämlich zwei Staaten einer Nation. Und nur wenn sie beide sich auf einem gesunden Weg befinden, nur dann können sie in gesunder Weise zusammenwachsen. Also müssen wir sehen, was die beiden Staaten miteinander zustande bringen.

Ich glaube, es geht bei Ihnen und uns und gemeinsam bei uns um eine Frage der Selbstbestimmung, nicht

der Fremdbestimmung von außen. Aber es ist doch eine Aufgabe, in der wir unsere Verantwortung und unseren Zusammenhang in ganz Europa vor Augen behalten müssen.

Frage:

Stichwort Europa. Europa und die beiden deutschen Staaten, die deutsch-deutsche Entwicklung. Da begrüßt man deutsch-deutsche Annäherung, da wird aber auch Besorgnis laut. Für wie gerechtfertigt halten Sie denn europäische Besorgnisse dieser Art?

Antwort:

Ich habe einen führenden Politiker der Solidarnosc-Bewegung aus Polen neulich gesprochen, und der hat klar gesagt, sie seien eine Freiheitsbewegung. Selbstverständlich fühlten sie sich solidarisch mit einer Freiheitsbewegung beim westlichen Nachbarn. Auch wenn aus der Geschichte heraus keine guten Erinnerungen bei den Polen gegenüber einem sehr starken westlichen Nachbarn vorhanden seien, so hätten sie doch vor einem freiheitlich und demokratisch legitimierten westlichen Nachbarn keine Sorge.

Ich glaube, das ist ein angemessener Ausdruck dessen, worum es geht. Ohne die Entwicklung in Polen und in Ungarn und nun auch in der CSSR wird ja das, was wir uns für die DDR und für die beiden deutschen Staaten miteinander wünschen, gar nicht möglich sein und vorangehen können.

Ich denke auch nicht, daß man in der DDR auf den Gedanken käme, sich gewissermaßen auf einem Weg mit der Bundesrepublik Deutschland in den Westen zu verabschieden, und die anderen alleine zurückzulassen. Man hat gemeinsam um die Freiheit gekämpft. Daraus ergeben sich auch gemeinsame Verpflichtungen.

Wir haben drei verschiedene Geschwindigkeiten – wenn ich mich so ausdrücken darf -: Es gibt eine deutsche Dynamik, dann gibt es die Dynamik in Europa. Wie kann hier wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell zusammengearbeitet werden? Und schließlich drittens, wie werden die beiden Pakte, die beiden Bündnissysteme für eine Sicherheitsglocke sorgen, die wir ja auch weiterhin brauchen, und unter der wir die Dynamiken in bezug auf Europa und Deutschland in einer friedlichen Weise fördern können.

Und es ist wichtig, daß diese drei Geschwindigkeiten in Tuchfühlung miteinander bleiben. Wir werden in bezug auf die Wünsche, die wir als Deutsche hüben und drüben haben, um so mehr auf eine glückliche Zukunft zählen können, je mehr wir den europäischen Nachbarn und Partnern unsere Mitsorge und Mitverantwortung dafür nachweisen, wie es mit dem Zusammenwachsen Europas vor sich geht.

Wir Deutschen haben in unserer geopolitischen Lage, aus der wir ja nicht entinnen können, immer mehr Nachbarn gehabt als alle anderen europäischen Staaten. Die deutsche Geschichte war immer ein Wechselspiel von deutschem Einfluß auf die Nachbarn und nachbarlichem Einfluß auf uns.

Das ist keine Beschränkung unserer Selbstbestimmung, aber es ist doch eine Aufforderung an unsere Vernunft und unsere Mitverantwortung für Europa im Ganzen. Das wird unseren eigenen deutschen Interessen am besten dienen.

Frage:

Damit ist die Frage nach den beiden deutschen Staaten im Hinblick auf das „europäische Haus“, das friedliche „europäische Haus“, fast beantwortet. Dennoch, welchen aktiven eigenen Beitrag könnten, sollten beide einbringen in absehbarer Zeit?

Antwort:

Wir haben den KSZE-Prozeß, zu dem wir, wie ich glaube, von uns aus maßgeblich beigetragen haben. Wenn wir an den Korb 3 der Schlußakte von Helsinki denken, dann finden wir darin ja die Maximen wieder, nach denen sich die demokratischen Revolutionen vollzogen haben. In der Schlußakte von Helsinki ist aber

auch von der Zusammenarbeit, der Stabilität und Sicherheit in Europa die Rede. Diese Dinge müssen zusammengehalten werden.

Es kommt darauf an, daß wir diese Dynamik, die wir in Deutschland haben und die uns natürlich untereinander schon heute eine größere Nähe beschert als zwei anderen Staaten in Europa, ebenso zum Wohle von Europa nutzen, wie das Zusammenwachsen von Europa sich zum Wohle der Deutschen auswirken wird.

Ich glaube nicht, daß es im Moment darauf ankommt, möglichst genaue Prophezeiungen darüber anzustellen, wie der Endzustand sein wird. Es gibt sowieso keinen geschichtlichen Endzustand. Es gibt einen Prozeß dorthin. Und das, was wir im Moment vor allem tun sollten, ist nicht, architektonische Großpausen darüber anzulegen, wie Europa in 20 Jahren aussehen wird.

Wichtig ist es – und genug zu tun haben wir damit -, daß wir uns in den nächsten zehn oder zwanzig Monaten verantwortlich verhalten, damit neben der rechtsstaatlichen Legitimität die wirtschaftliche Reform in einer für die Menschen wirklich spürbaren Weise vorangeht. Und je besser sie das spüren, desto eher werden sie auch in der Lage sein, die Geduld aufzubringen, die man selbstverständlich dafür braucht.

[...]

Quelle: Bulletin, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 143, 15. 12. 1989, S. 1213-1216.